

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
13 / 2006

Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz?

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005
- MUSICA PRO PACE 2005
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Dr. des. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redakt. Mitarbeit: Andrea Dittert, Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Silke Voss

Einband: Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter

Verwendung der »Komposition Nr. 118« von Friedrich Vordemberge-Gildewart

(Osnabrück 1899 – 1962 Ulm) aus dem Jahr 1940. Mit freundlicher Genehmigung:

© Kunsthaus Lempertz, Köln

Mit Dank für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche an:

– die Oldenburgische Landesbank AG

– die RWE Westfalen-Weser-Ems AG

– den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e. V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766

ofg@uni-osnabrueck.de – www.friedensgespraeche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2006

© 2006 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 10: 3-89971-337-0

ISBN 13: 978-3-89971-337-4

ISSN: 0948-194-X

[nur Buchhandelsausgabe]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial: <i>Toleranz – ein Ideal verblasst</i>	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

<i>Europa quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU</i> Mit Gesine Schwan und Volker Rittberger	19
<i>Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?</i> Mit Manfred Lahnstein und Ernst G. Mahrenholz	41
<i>Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?</i> Mit Ellis Huber und Karl Lauterbach.	61
<i>Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?</i> Mit Karl Kardinal Lehmann und Nadeem Elyas.	81
Mart Laar, Tallinn <i>Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive</i>	109
<i>Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung</i> Mit Wolfgang Schäuble, Claudia Roth, Klaus-Peter Sieglösch	125

II. GMUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2005

Stefan Hanheide, Osnabrück » <i>Erinnerung an 1945</i> « – Olivier Messiaen: » <i>Et expecto resurrectionem mortuorum</i> « und Johannes Brahms: » <i>Ein deutsches Requiem</i> «.	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Jochen Oltmer, Osnabrück
*Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung:
Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* 159

Reinhold Mokrosch, Osnabrück
Djihad – Religion und Gewalt 173

Klaus von Beyme, Heidelberg
Kulturelle Vielfalt und demokratische Konfliktbewältigung 183

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207
Abbildungsnachweis 213

Editorial: Toleranz – ein Ideal verblasst

»Toleranz ist nicht nur ein hoch geschätztes Prinzip, sondern eine notwendige Voraussetzung für den Frieden und für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Völker«, erklärten die Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) bei ihrer Generalkonferenz im Oktober/November 1995 in Paris.¹ Vor mehr als zehn Jahren verabschiedeten sie eine aufschlussreiche *Erklärung von Prinzipien der Toleranz*, die eine Reihe von Bestimmungen über die »Bedeutung von Toleranz«, über das Verhältnis von »Toleranz und Staat«, über »soziale Dimensionen« der Toleranz sowie über »Bildung und Erziehung« zur Toleranz vornahm.

Wer diese Erklärung heute liest, wird sogleich ihre Historizität bemerken. Damals war man »entschlossen, alle positiven Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, um den Gedanken der Toleranz in unseren Gesellschaften zu verbreiten«. Man hielt dies für grundsätzlich möglich; man wusste die Menschen in aller Welt »auf dem Weg zu einer toleranteren Gesellschaft« und nicht etwa auf dem Rückweg von dort. Die Kriege im Kosovo und Rest-Jugoslawien, die Anschläge des 11. September 2001, die »Anti-Terror-« Feldzüge gegen Afghanistan und den Irak waren noch nicht geführt, noch bestand keine »Achse des Bösen«.

Wer heute sich zum Gebot der Toleranz bekennt, dazu auffordert, im Sinne der UNESCO-Erklärung den »multikulturellen Charakter der Menschheit an[zu]erkennen und [zu] respektieren«, und noch verkündet: »ohne Toleranz gibt es keinen Frieden«, mag als »guter Mensch« bezeichnet werden – als Kompliment ist das meist nicht gemeint. Die Bedrohung durch »Terroristen«, deren Bezeichnung jedem unbezweifelbar mitteilt, dass diese keine anderen Zwecke verfolgen, als Angst und Schrecken zu verbreiten, ist bei den Menschen angekommen und bereits zur Gefühlslage geworden: Meinungsumfragen bestätigen, dass viele Menschen auf Befragen bekunden, »Angst vor Terrorismus« zu verspüren. Hier scheint die UNESCO-Erklärung zu spät zu kommen: »Erziehung zur Toleranz«, so heißt es dort, »soll sich bemühen, das Entstehen von *Angst* vor anderen und der damit verbundenen Ausgrenzungstendenz zu verhindern«.

Wenn heute über notwendige »Grenzen der Toleranz« debattiert wird, so bestätigt sich allenthalben der gegenläufige Pendelausschlag, hin zu eher weniger Toleranz und mehr Grenzen. Man kann nur hoffen, dass das Bild des Pendels zutreffend ist, sodass Aussicht besteht, dass sich auch diese Tendenz verändern wird.

Innerhalb Deutschlands und anderer europäischer Gesellschaften hat die öffentliche Aufmerksamkeit sich fokussiert und vor allem islamische Gruppierungen und Milieus mit einem Generalverdacht belegt. Dieser Verdacht besagt nichts Geringeres, als dass die Muslime in Deutschland zwangsläufig in einem Loyalitätskonflikt mit ihrer Herkunftskultur und -religion stehen und im Konfliktfall ihre Gastgesellschaft, die hier geltenden Gesetze und die deutschen Mitbürger »verraten« werden. Ein sehr grundsätzliches Misstrauen ist ihnen gegenüber eingezogen; Scharia und Grundgesetz, Schleier und Glaubensfreiheit, Burka und Frauenrechte stehen für unauflösliche Gegensätze, wie Politiker und Journalisten mit Problembewusstsein den Bürgern immer wieder erklären. Statt der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung gilt nun die Treuebeweispflicht der Einwanderer. »Integration *anstatt* Toleranz«, so wäre wohl der aktuelle Stand der ›Toleranzförderung‹ in Deutschland zu beschreiben.

Dabei ist dieses Deutschmacher-Programm einerseits so lächerlich, wo es um Erlernen und Reproduzieren von Wissensbrocken aus der Leitkultur geht, und andererseits so maßlos und unerfüllbar, denn die dauerhafte Andersartigkeit der Fremden wird selbst noch in der Zufriedenheit über ›erreichte Integrationserfolge‹ auf Generationen fortgeschrieben. Wer »drin« ist, weiß im Übrigen um die Uneinnehmbarkeit der deutschen Sprachfestung. Hier wäre doch an die einstige Aufgeschlossenheit zu erinnern, so wie sie sich die UNESCO-Mitglieder in die Hand versprochen hatten:

»Toleranz bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass alle Menschen, natürlich mit allen Unterschieden ihrer Erscheinungsform, Situation, Sprache, Verhaltensweisen und Werte, das Recht haben, in Frieden zu leben und *so zu bleiben, wie sie sind.*«

Auch die *Europäische Union* selbst ist sich ihrer Sache – der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Annäherung und Vereinigung der Staaten und Bevölkerungen des Kontinents – nicht mehr sicher, und die Idee der *splendid isolation*, die man seit dem 19. Jahrhundert den Briten auf ihrer Insel anlastete, gewinnt für viele ›Kern-Europäer‹ an Attraktivität: Obwohl schon alles anders geworden ist, möchten nun viele so bleiben, wie sie – in der kleineren EU – waren. Aber dafür ist es vielfach zu spät. Zu-

nehmend stoßen auch Bürger ohne »Migrationshintergrund« auf obrigkeitliche ›Grenzen der Toleranz‹.

Die UNESCO-EntschlieÙung verband einst mit ihren *Prinzipien der Toleranz* sehr deutlich auch die Einbeziehung *aller* Menschen in ein vorhandenes Netz sozialer Schutz- und Sicherungssysteme und brandmarkte Ausgrenzung als VerstoÙ gegen das Toleranzgebot:

»*Intoleranz* zeigt sich oft in Form von Marginalisierung schutzloser Gruppen und ihrer *Ausgrenzung von sozialer und politischer Partizipation*, verbunden mit Gewalt und Diskriminierung.«

Aber die politischen ›Reformen zur Sicherung (!) der Sozialsysteme‹ sind mit der Einrichtung verschiedener anerkannter gesellschaftlicher Armutsbezirke wie »Hartz IV«, »Ein-Euro-Jobs« und einer Errungenschaft namens »Niedriglohnsektor«, die sehr wohl – und zwar auf Dauer – zu Ausgrenzung führen, bereits weit vorangeschritten.

Auch die *internationale Gemeinschaft* erhielt bzw. gab sich selbst einen klaren Auftrag: »Toleranz muss geübt werden von einzelnen, von Gruppen und von Staaten«, heißt es in der Pariser UNESCO-Erklärung von 1995, und: »Toleranz ist vor allem eine *aktive Einstellung*, die sich stützt auf die Anerkennung der allgemeingültigen Menschenrechte und Grundfreiheiten anderer«:

»Für ein harmonisches internationales Zusammenleben ist es wesentlich, dass einzelne, Gemeinschaften und Nationen den multi-kulturellen Charakter der Menschheit anerkennen und respektieren. Ohne Toleranz gibt es keinen Frieden, und ohne Frieden kann es weder Demokratie noch Entwicklung geben.«

Warum nur sieht die Realität heute so anders aus? Den Deutschen wächst zu Urlaubszeiten wieder die Nord- und Ostsee ans Herz; bei geplanten Fernreisen sollte man sich dagegen auf der Homepage des Auswärtigen Amtes über mögliche Gefährdungen informieren – all dies ein Ausfluss der veränderten internationalen Beziehungen der Staaten, denn persönlich unbeliebt gemacht haben sich im Ausland nur die wenigsten Reisenden.

Neue Blockbildungen, das Schmieden von Koalitionen für politische Kampagnen und militärische ›Missionen‹, zumeist auf Veranlassung der westlichen Führungsmacht USA oder um dieser zu begegnen, haben ›Toleranz‹ zu einem selten vernehmbaren außenpolitischen Prinzip werden lassen.

Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz? So lautet der Titel des 13. Bandes des Jahrbuchs der Osnabrücker Friedensgespräche.

Er bietet neben der Dokumentation der Veranstaltungen in der Reihe der Osnabrücker Friedensgespräche des Jahres 2005 drei weitere Beiträge zur Friedensforschung, die zuerst genannt seien:

Jochen Oltmer skizziert in einem historischen Rückblick *Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung: Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* die durchaus rassistisch und schäbig zu nennende Haltung von Behörden und der Öffentlichkeit im Deutschen Reich lange vor Beginn des Nationalsozialismus. *Reinhold Mokrosch* gibt einen an den islamischen Ursprungsschriften orientierten Überblick über die gewandelten Verständnisse des Begriffs »*Djihad*«, des Reizwortes vieler Debatten um Integration und Abgrenzung. Der Heidelberger *Klaus von Beyme* schließlich bietet anlässlich eines Vortrags an der Universität Osnabrück eine politologische *tour de force* durch das gesellschaftliche Konfliktfeld, das kulturelle Vielfalt mit ihren divergenten Bestrebungen im Angesicht der staatlich-gesellschaftlichen Regelungsbestrebungen und -bedürfnisse notwendigerweise immer mit sich bringt.

Die für den vorliegenden Band titelgebende »Kulturelle Vielfalt« versteht sich dabei allerdings sowohl im innergesellschaftlichen als auch internationalen Rahmen. Das Gleiche gilt für die unterschiedlichen Reflexionen auf Hinwendung und Integration sowie auf Unterscheidung und Abgrenzung von anderen Kulturen.

So konnten etwa die Nachrichten aus dem Baltikum, die der frühere estnische Ministerpräsident *Mart Laar* in seinem Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in der Reihe »*Europa sieht Deutschland*« überbrachte, das Publikum bestärken im Zutrauen in die politische und wirtschaftliche Kraft der Europäischen Union.

Der Transformationsprozess der drei baltischen Länder von ehemaligen Sowjetrepubliken hin zu kleinen europäischen »Tigerstaaten«, die in großem Tempo weit reichende Entwicklungsprozesse hin zur Demokratie und zur ökonomischen Prosperität vollzogen haben, macht eine Erfolgsstory aus. Deutschland als Vorbild und politisch einflussreichem Nachbarn und Freund wurde Anerkennung und Dank aus »*baltischer Perspektive*« bezeugt. Wenn dieses Verhältnis in der jüngeren Vergangenheit als wieder etwas abgekühlt geschildert wurde, so wurde dies aufgrund neuer Prioritäten im EU-Erweiterungsprozess nachvollziehbar. Berücksichtigt man aber das große Potential der baltischen Länder sowie ihre begrenzte Größe *in puncto* Geografie und Bevölkerung, so müssen weitere neue Partner in Ost- und Mitteleuropa im Hinblick auf ihre EU-Mitgliedschaft schon problematischer erscheinen. So wird dann der schon beschlossene – nicht unproblematische – Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Argument

gegen die EU-Aufnahme der Türkei: Es geht »zu schnell« und es werden »zu viele« Mitglieder in der EU, lautet ein verbreitetes Urteil landauf und landab in EU-Europa.

Nahe liegend war es da, »Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU« zum Thema eines Friedensgesprächs mit den Politikwissenschaftlern *Gesine Schwan* und *Volker Rittberger* zu machen. Die »Dynamik des kapitalistischen Systems so zu regeln, dass man sie in ihren fruchtbaren Tendenzen erhält und die destruktiven Teile eben nicht zur Wirkung kommen lässt«, lautete die – begründet vorgetragene – Hoffnung der Präsidentin der Europa-Universität in Frankfurt (Oder).

»Das »Projekt Europa« sei, bei aller Skepsis für die Einzelheiten, »grundlegend positiv anzusehen« und man müsse ihm »einfach optimistisch gegenüberstehen«, befand auch der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Um »zu mehr Ordnung und Sicherheit in der Welt beizutragen«, rät Rittberger an, dass die »Friedensmacht Europa« sich verstärkt »als Zivilpolizeimacht bereithielte«.

Mit *Wolfgang Schäuble* und *Claudia Roth* waren zwei Bundespolitiker bei der Friedensgesprächen zu Gast, deren außenpolitische Positionen mehr Gemeinsamkeiten als Gegensätze aufwiesen. Die Parteivorsitzende der GRÜNEN betonte, es gehe um die Stärkung der »Friedenspotentiale in der Zivilgesellschaft, in Medien, Kultur und Bildung«. Eine solche Politik könne zu einer »Kultur der Konfliktprävention« werden, »wenn sie Gewalt fördernden ökonomischen Interessen frühzeitig entgegentreten und die Logik der Gewalteskalation entschärfen kann«.

Auf das Verhältnis zu den USA angesprochen, betonte Wolfgang Schäuble: »Wir müssen immer darauf hinwirken, dass sich die Amerikaner einer *multilateralen* Partnerschaft und Entscheidungsprozedur anvertrauen.« Schäuble meinte: »Dazu ist die Chance heute größer, als sie lange Zeit war.« Zugleich sah der stellvertretende CDU-Vorsitzende den Rückschlag für die Europäische Union: »Allerdings ist es ein schlimmes Zeichen«, so Schäuble, »dass die EU-Verfassung in Frankreich gescheitert ist. Das ist Ausdruck einer Krise«.

Dass die an der Ablehnung des Verfassungsentwurfs für die EU zu ermessende Vertrauenskrise vor allem auch innenpolitische und innergesellschaftliche Veranlassungen hat, zeigten drei weitere Friedensgespräche des Jahres 2005.

»Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?« lautete die Frage an die Experten *Ellis Huber* und *Karl Lauterbach*. Die vorangegangene öffentliche Debatte um »Bürgerversicherung« und »Kopfpauschale« hatte da schon Wirkung getan und – ähnlich wie in den Jahren zuvor bei der Rentenversicherung – vor allem ein »überkommenes Anspruchdenken« der Versicherten kritisiert und mehr »Eigenverantwortlichkeit« der Bedürfti-

gen angemahnt. Lauterbach, Berater des Bundesgesundheitsministeriums, räumte ein, »dass unser Bildungssystem und unser Gesundheitssystem schon jetzt als ungerecht beurteilt werden müssen«. »In keinem europäischen Land«, kritisierte Lauterbach, hängen »die Bildungsergebnisse so stark vom Einkommenshintergrund und Bildungshintergrund der Eltern ab wie in Deutschland«. Weiter sagte er: »Es gibt kaum ein Land, in dem eine so große Abhängigkeit der Lebenserwartung vom Einkommen besteht wie in Deutschland, wo man auf das Bismarcksche System der Sozialversicherung oft so stolz ist.« Die Vorschläge zur Wiedergewinnung von sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit konnten dem Publikum gleichwohl keinen Königsweg weisen: einerseits wurde für eine verbesserte Finanzierung der Sozialversicherungen durch Beitragserhebung auf andere Einkommensarten geworben, andererseits die Förderung einer neuen »Fähigkeit von Gesellschaften, psycho-soziale Gesundheit herzustellen«, angemahnt: »Die Gesellschaft, die es schafft, ein hohes Maß an sozialer Kohärenz – eine Kultur der Nächstenliebe und der Mitmenschlichkeit – praktisch umzusetzen«, wünschte sich der frühere Berliner Ärztekammerpräsident, der doch zuvor diagnostiziert hatte: »Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik krankt daran, dass keiner keinem mehr traut«.

Am 7. Juli 2005, dem Tag einer Serie von Sprengstoffanschlägen in sechs Londoner U-Bahn-Stationen und einem Bus, fand ein Friedensgespräch zwischen *Nadeem Elyas*, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime in Deutschland, und *Karl Kardinal Lehmann*, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, statt. »*Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?*« – mit dieser Frage setzten die Osnabrücker Friedensgespräche die Debatte fort, die bereits drei Monate zuvor *Manfred Lahnstein* und *Ernst Gottfried Mahrenholz* unter der Themenstellung »*Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?*« begonnen hatten. In beiden Fällen stand – wie bereits in früheren Jahren von den Friedensgesprächen thematisiert – das Verhältnis der »geborenen« zur zugewanderten Bevölkerung in Deutschland zur Debatte.

Manfred Lahnstein erläuterte seine Position, dass »die Berufung auf kulturelle Identität« keine Grundlage für »gesellschaftlich-politische Gestaltung«, sein könne; um »*bewusste Wertentscheidungen*« komme man nicht herum. Er empfahl, »die Grundlage in den Werten unserer abendländischen Säkularisation oder auch im Grundrechtekatalog unserer Verfassung« zu suchen. Daher müsse »Patriotismus *Verfassungspatriotismus* sein« und »die Grenzen der Duldsamkeit [seien] dort erreicht, wo andere – auch andere Kulturen – diese Grundlage nicht akzeptieren«.

Aber nicht das Grundgesetz war strittig, sondern allenfalls die Frage, woher die dort kodifizierten Werte bezogen wurden. Nadeem Elyas stellte klar: »Wenn wir über Deutschland sprechen, dann gelten hier das Grund-

gesetz und die freiheitlich-demokratische Grundordnung. In diesem Rahmen bewegen wir uns [...]«. Wer tatsächlich kulturelle Grenzziehungen begründen wollte, anstatt sie nur als gegeben zu unterstellen, müsste sich in die Details, in die Schriften der religiösen Überlieferungen einlassen – und stünde doch vor dem Problem, dass zur Schrift in allen Religionen die *Auslegung* gehört. Auf diese persönliche Erfahrung wies Ernst G. Mahrenholz hin und resümierte: »Das zeigt mir, dass wir nicht glauben müssen, dass Scharia und Grundgesetz unüberwindbare Gegensätze wären.«

Mahrenholz bezog sich im Übrigen ebenfalls auf das Grundgesetz und erinnerte an das »sittliche Verfassungsgebot«, den gegenwärtig 2,2 Millionen Muslimen in Deutschland »und damit auch ihrer Kultur mit dem Respekt zu begegnen, den die Anerkennung der Würde des Menschen fordert«.

Friedensmusik erklang beim Konzert *musica pro pace* anlässlich des Osnabrücker Friedenstages unter dem Motto »Erinnerung an 1945« mit Werken von *Olivier Messiaen* und *Johannes Brahms*. Es musizierten der Osnabrücker Jugendchor mit der Domkantorei (Einstudierung: *Johannes Rahe*) und das Osnabrücker Symphonieorchester unter Leitung von *Hermann Bäumer*. *Stefan Hanheide* führt in die Werke des Konzerts ein.

Henning Buck

1 http://www.unesco.de/c_bibliothek/tol_erklaerung.htm. – Hervorhebungen durch den Verf.